

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pf.

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien
Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschaftler, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat (bei Post 2 RM. (Halbmonatlich 1 RM.)); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden-2, / Geschäftsstelle und Expedition: Osterbahnstraße 2 / Fernsprechnummer 17 259 / Postfachkonto Dresden Nr. 13 533, Emil Schlegel-Schillingstraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

Anzeigenpreis: Die normal gepaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Anzeigenzeile einschließlich an den dreizehnpaltigen Tageszeitung 1,25 RM. Anzeigenannahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-2, Osterbahnstraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang Dresden, Freitag den 5. Februar 1926 Nummer 30

Korruptionsstandal in der Reichsbahn U.-G.

Zechgelage — Riesengehälter — Hungerlöhne Im Zeichen des Aufschwungs

Die Sekretärkonferenz vom 29. und 30. Januar

Am 29. und 30. Januar fand eine Konferenz der politischen Sekretäre und Redakteure aus dem Reich und der Abteilungsleiter der KPD. in Berlin statt. Am Tage ihres Zusammentritts waren ungefähr 5 Monate seit der Veröffentlichung des Offenen Briefes der Zentrale, ein Vierteljahr seit der letzten Parteikonferenz (Ende Oktober 1925) vergangen. Vor der Sekretärkonferenz stand bis zu einem gewissen Grade die Aufgabe einer Prüfung der in der Zwischenzeit vollbrachten Arbeit, unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Parteipolitik.

Welche Veränderungen sind seit der letzten Parteikonferenz eingetreten? Die Sekretärkonferenz stand unter dem klaren, beherrschenden Eindruck des raschen, immer härter wachsenden Aufschwungs unserer Partei. Zweifellos ist das nicht nur eine Folge des Umsturzes in der objektiven Situation, sondern auch ein Ergebnis der — trotz aller Mängel — richtigen Führung, der bewussten Politik unserer Partei. Die Niederlagen der Sozialdemokratie und der Arbeiterpartei sind vorüber. Die Komintern verlangt in ihrem Brief eine durchgreifende Änderung des Parteikurses, und die Partei hat mit entschlossener Kraft das Steuer herumgerissen, hat die kommunistische Politik mit Entschiedenheit von den ultralinken Abweichungen befreit.

Die positiven Ergebnisse dieses Umsturzes konnten nicht ausbleiben, und sie sind nicht ausgeblieben.

Die doppelte Buchführung und die ultralinken Politik führten zum ständigen Rückgang, zu schweren Verlusten, zur inneren Zerbröckelung der Partei, zu ihrer Verringerung von den lebendigen Kräften der deutschen Arbeiterklasse.

Die Linie der Komintern, der neue Kurs, der Bruch mit den Gruppen Ruth Fischer und Schölerer führten zum Aufstieg, zu ernsthaften Erfolgen der Arbeit, zur inneren Festigung der Partei, zur Verbindung, zur gemeinsamen Kampffront mit den Millionenmassen der Arbeiterklasse.

Selbstverständlich bestehen noch Mängel, Minderheiten der alten Fehler, neue Schwierigkeiten, die aus der Komplexität unserer sämtlich wachsenden Arbeit ergeben. Niemand predigt einen leichtsinnigen Optimismus, niemand verkümmert die Tiefe der Fehler, die noch zu überwinden sind. Aber entscheidend für die Beurteilung der Vergangenheit und für die praktische Gestaltung der Zukunft unserer Partei ist das Entstehen einer neuen Atmosphäre im Bewusstsein unserer Mitgliedschaft, einer Atmosphäre des Vertrauens und der Arbeitsfreudigkeit, in der jeder Versuch, die schlechte Vergangenheit wieder herzustellen, als eine Verrücktheit oder als ein Akt der Sabotage empfunden wird.

Im Banne dieser Atmosphäre, unter dem Zeichen des Wachstums stand die Konferenz unserer verantwortlichen Parteiarbeiter.

Die Tagung nahm zunächst einen ausführlichen Bericht über den 14. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjet-Union (K.P.U.) entgegen. Einmütig wurde der Standpunkt des 14. Parteitages, das mit allen gegen eine einzige ultralinken Stimme den Beschlüssen des 14. Parteitages zugestimmt, der Standpunkt des 14. Parteitages als vollständig richtig anerkannt und die abweichenden Auffassungen der Opposition abgelehnt. Unsere verantwortlichen Parteiarbeiter erkennen klar die ungeheure internationale Bedeutung der Probleme, die auf dem 14. Parteitag richtig, leninistisch entschieden wurden. Die Beachtung der Möglichkeit des Sieges des Sozialismus in einem Land, das Verständnis der neuen Wirtschaftspolitik, nicht nur als eines Rückgangs, als einer Folge der agrarischen Rückständigkeit der Sowjet-Union, als einer spezifisch russischen Erscheinung, sondern als der einzig richtigen Wirtschaftspolitik des kriegreichen Proletariats, die unabdingte Aufrechterhaltung des festen Bündnisses zwischen Proletariat und Bauerntum, die wirtschaftliche Orientierung der Sowjet-Union auf die Industrialisierung des Landes, seine Selbstständigkeit, seine Unabhängigkeit vom kapitalistischen Weltmarkt, schließlich die Sicherung der Führerrolle der kommunistischen Partei in der Sowjet-Union, ihr Schutz vor jeder Verwässerung, alle diese Beschlüsse des 14. Parteitages sind nicht nur von größter Wichtigkeit für die Entwicklung der K.P.U. und die Zukunft der Sowjet-Union, sondern es sind zugleich Entscheidungen historischer Tragweite für die internationale proletarische Revolution.

Die Konferenz beschäftigte sich dann mit der wirtschaftlichen und politischen Lage Deutschlands. Das Dreyerregime, die Locarno-Krise, die kapitalistische „Nationalisierung“ nehmen ihren Weg über die Not der Erwerbslosen und die Entbehrungen des ganzen werktätigen Volkes. Die Krise dieses Winters, die unaufhörlichen Judungen der politischen Schwächlinge beweisen die Wichtigkeit unserer Voraussage: die Stabilisierung des

wurden, wobei natürlich politische Gesichtspunkte ausschlaggebend waren. Kommunistisch gesinnte Arbeiter und Beamte bekamen nichts, dagegen Deutschkonservative den doppelten Betrag, als er in den Richtlinien der deutschen Regierung vorgeschrieben war.

Es sollen nicht nur 40 000 Beamte im laufenden Jahre entlassen werden, sondern die Reichsbahnverwaltung hat bereits wieder angeordnet, weitere 35 000 Arbeiter und Beamte zu entlassen.

Die in dem Eisenbahngesetz niedergelegte Vorschrift, daß die Reichsbahngesellschaft nach Übernahme der Deutschen Reichsbahn die wohlerworbenen Rechte der Beamten wahren sollte, ist von der Reichsbahnverwaltung in keiner Weise eingehalten worden. Allein bis jetzt sind 20 000 Beamte, die in unfindbarer Stellung standen, von der Reichsbahn ins Arbeitsverhältnis jurisdigeführt, oder, wenn dieses verweigert wurde, kurzerhand entlassen worden. Besonders erwähnenswert ist dabei, daß der Vertreter des Reichsministeriums des Innern ein solches Vorgehen der Reichsbahnverwaltung als zu Recht anerkennt. Man geht sogar so weit, daß man den Beamten das Recht beschneiden will, sich bei der Regierung oder beim Reichstag zu beschweren. Auskünfte, die über solche Beschwerden bei der Reichsbahn eingeholt werden wollten, wurden ohne jeden Grund verweigert. Man geht über alle Gesetze und Verfassungsrechte hinweg. So erklärte der Geheimrat Rosen vom Verwaltungsrat der Reichsbahn wörtlich:

„Ich stehe auf das ganze Beamtentum!“

Die Reichsbahn stellt sich auf den Standpunkt, daß sie weder den deutschen Gesetzen unterworfen, noch dem Reichstag und der deutschen Regierung verantwortlich ist.

Für Lenz und Bahnstutz sind von der Reichsbahn wieder ungezählte Millionen eingeklebt worden. So ist es zu erklären, daß die Bewaffnung des Intercontinentalen Bahnschiffes große Fortschritte macht, da ja für Waffen und Munition genügend Geld vorhanden ist. In Ostpreußen hat man sogar einen Panzerzug in Dienst gestellt.

Daß das deutsche Volk bis zur Reize gerupft werden soll, erfährt man auch aus der von der Reichsbahn eingeklebten Tarifpolitik. Sind doch die Tarife für das Ausland zur Durchförderung von Gütern durch deutsches Gebiet zwei bis dreimal billiger, als für die von Deutschen für dieselbe Strecke ausgegebenen Waren.

Der von der Reichsbahnverwaltung abgelehnte Schlichtenspruch, der 20 Millionen erfordert, soll Gegenstand einer Untersuchung vor dem durch Gesetz vorgeschlagenen Eisenbahngericht, welches dafür gar nicht zuständig ist, gemacht werden. Selbst der Minister Rönne mußte zugeben, daß er sich in scharfem Widerspruch zur Reichsbahnverwaltung in dieser Angelegenheit befindet, da die 20 Millionen wirklich eine ausschlaggebende Summe seien, und man sie ruhig von dem Betrag nehmen könnte, der für das laufende Etatsjahr in Höhe von 2 Millionen für die berühmten Leistungszulagen eingeklebt ist.

Eisenbahner an die ortsüblichen Löhne der Privatindustrie angepaßt seien. In Wirklichkeit sind diese Verteilungen absolut unzureichend und bedeuten nichts weiter, als eine Verspottung der Eisenbahner.

Mißbilligungsantrag gegen die Reichsregierung

Vor Eintritt in die Tagesordnung der Reichstags-Sitzung am Donnerstag verlangte Genosse Käbel, daß folgender Antrag der KPD-Fraktion sofort beraten wird:

„Der Reichstag mißbilligt aufs schärfste die fortgesetzte Verschleppung der Erledigung der berechtigten Forderungen der Erwerbslosen durch die Reichsregierung.“

In der Begründung erklärte Genosse Käbel, daß die Regierung nun schon 4 Monate lang die Erwerbslosen mit Ausreden hinhält und wochenlang den Antrag der KPD auf Erhöhung der Unterstützung um 50 Prozent verschleppt. Das Verschleppung der Erledigung sei geradezu verbrochenerisch angesichts der Notlage der Erwerbslosen. Der Sozialdemokrat Hoch wendete sich gegen den Antrag. Durch den Widerspruch der Deutschnationalen wird die sofortige Beratung verhindert.

Als zweiter Punkt wird das Sperrgesetz für die Fürstenvermögen mit Zweidrittelmehrheit gegen die Stimmen der Deutschnationalen und Sozialisten angenommen. Die Beratung über die Rechtsverhältnisse bei der Reichsbahn wird abgelehnt. Über die Rechtsverhältnisse bei der Reichsbahn wird abgelehnt. Über die Rechtsverhältnisse bei der Reichsbahn wird abgelehnt.

Die Reichsbahn lehnt die Lohnforderungen ab. Die seitigen Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften und der Reichsbahnverwaltung sind ergebnislos verlaufen. Die Gewerkschaften denken jedoch keinesfalls daran, den Widerstand der Verwaltung durch Vorbereitung des Kampfes zu brechen. Die Reichsbahn selbst benutzt alle Mittel, um die Öffentlichkeit zu täuschen. Oeler gibt Interviews an Professor Dr. ...

Bei der Staatsberatung des Reichsverkehrsministeriums wurde durch den Berichterstatter, den Abgeordneten Oeler und den Mitberichterstatter Schütz auch zu unserer famosen Reichsbahn Stellung genommen. Raum gläubliche und unbeschreibliche Tatsachen sind dabei aus Tageslicht gekommen. Es wird einen großen Skandal geben; vorläufig sei nur geschildert, was bis jetzt zur Sprache gekommen ist. In der Reichsbahnverwaltung haben sich Elemente zusammengefunden, deren Bestreben nur darauf hinausgeht, das deutsche Volk bis aufs Letzte auszubeuten.

Ohne Hebertreibung konnte von allen Rednern gesagt werden, daß die Reichsbahngesellschaft sich zur größten nationalsten als auch internationalen Ausbeutergesellschaft entwickelt hat.

Ermiesene Tatsache ist es nunmehr, daß alle Verhältnisse in der Reichsbahngesellschaft, das die völlige Entwertung des Eisenbahnpersonals herbeiführt, nicht durch die ausländischen Vertreter, sondern durch die deutschen Verwaltungsratsmitglieder, die bis dahin Angestellte des Deutschen Reiches waren, in das Gesetz hineingebracht wurden. Sie sind dafür gut entlohnt worden. Bezieht doch ein Eisenbahndirektor 28 000 Mark mehr Gehalt als ein in gleicher Stellung befindlicher deutscher Reichsbeamter, dazu kommen noch Gratifikationen und Sonderzulagen in einer Höhe, die auf Anordnung des Generaldirektors von den Empfängern geheim gehalten werden sollen. Daß das Geld in Strömen fließt, konnte nachgewiesen werden durch verankerte Zechgelage, die an einem Abend 3000 Mark erforderten. Man betreibt bereits diese Organe in solch breiter Öffentlichkeit, daß sich die korruptesten Beamten mit Fabrikanten, die die Reichsbahnverwaltung um Millionen betrogen haben, zusammen phantasieren lassen. Scharfe Angriffe wurden auch von mehreren Genossen gegen das Reichsverkehrsministerium abgehoben. Es ist ja auch kein Wunder, daß das Reichsverkehrsministerium gegenüber der Reichsbahn während der letzten Monate eine sehr schlaffe Haltung eingenommen hat, da die hohen Gehälter der Kollegen der Reichsbahn verlockend genug sind, um mehr den Reichsbahnstandpunkt wahrzunehmen, als deutsche Interessen zu vertreten.

Die Lohnpolitik der Reichsbahnverwaltung ist katastrophal. Sind doch Fälle zu verzeichnen, daß in Vorstädten an Eisenbahnarbeiter Stundenlöhne von 25 Pfennigen bezahlt werden. Bei Androhung von Entlassung lassen sich die Streckenarbeiter eine weitere 40prozentige Lohnvermehrung gefallen lassen! Diese Lohnpolitik wirkt sich bereits dahin aus, daß selbst der Verkehrsminister zugeben mußte, daß die Klagen über den Unterbau der Eisenbahnstrecken sich erschreckend häufen, und daß das Sonnerlachen von Zügen mit großen Gefahren für das Personal und das reisende Publikum verbunden wäre.

Vom Deutschen Reich der Reichsbahn zur Verteilung an notwendige Beamte zur Verfügung gestellte Beträge sind von den einzelnen Direktoren ganz willkürlich verteilt.

Oelers Gegenoffensive

Generaldirektor Oeler beginnt in der Presse eine Gegenoffensive gegen die erhobenen Angriffe auf die Reichsbahn. Oeler weiß von alledem nichts. Noch keine Erklärungen ist die Reichsbahn treu und arbeitslos. Hohe Beamtenghälter sind für ihn unbekante Begriffe. Nur bei etwa 100 Beamten, so erklärt er, deren Verantwortung „ungeheuer“ gestiegen sei, seien die Gehälter etwas höher. Von Verschwendungsjucht sei ihm jedoch nichts bekannt. Zur Lohnpolitik erklärte er, daß die Reichsbahn höhere Löhne nur dann bewilligen könne, wenn Leistung vorhanden sei. Die Reichsbahn habe eben eine Sonderstellung dadurch, daß ihr die Reparationslasten auferlegt sind. Die Schwierigkeit, mit der Oeler in die Öffentlichkeit tritt, ist außerordentlich verächtlich und soll wohl nur dem Zweck dienen, die über den Korruptionsstandal sich bemerkbar machende Erregung einzudämmen. Die weitere Beratung des Reichstagsausschusses wird die Einzelheiten der Vorgänge bei der Reichsbahn nach vor die Öffentlichkeit bringen.

Die Reichsbahn lehnt die Lohnforderungen ab

Die seitigen Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften und der Reichsbahnverwaltung sind ergebnislos verlaufen. Die Gewerkschaften denken jedoch keinesfalls daran, den Widerstand der Verwaltung durch Vorbereitung des Kampfes zu brechen. Die Reichsbahn selbst benutzt alle Mittel, um die Öffentlichkeit zu täuschen. Oeler gibt Interviews an Professor Dr. ...

Various marginal text and numbers on the left side of the page, including '42', '44', '64', '140', '76', '80', '160', '28', '32', '26', 'Hofmann', 'N.', 'nen', 'nen!'.